

wie schwierig und komplex der Ausstiegsprozess ist und dass es einer professionellen Begleitung sowie auch beruflicher Integrationsmaßnahmen bedarf, um einen „Neubeginn“ starten und sich in die demokratische Gesellschaft integrieren zu können.

In der Austauschrunde wurde von allen Teilnehmenden die Relevanz der vernetzten Arbeit mit den Expertinnen und Experten des Verfassungsschutzes sowie anderer gesellschaftlicher Akteure erkannt, um in der politischen Bildung gezielt zur Aufklärung, Prävention und Deradikalisierung beitragen zu können. Deutlich wurde in den Diskussionsrunden, dass es zur Erziehung von **„demokratiekompetenten“ „Bürgerinnen und Bürgern“** zentral ist, Vertrauen in das demokratische System aufzubauen und Diskriminierungserfahrungen und Ausgrenzungen durch Wertschätzung und Respekt entgegenzuwirken.

Die gewonnenen Erkenntnisse gilt es nun mit Hilfe geeigneter erfahrungs- und handlungsorientierter Strategien entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten in der schulischen und außerschulischen Bildung umzusetzen. Wenn

es auch sicherlich Grenzen der Aufklärung gibt, so ist doch festzuhalten, dass diese Fortbildung einen wichtigen Beitrag zur Erziehung von demokratiefähigen Bürgerinnen und Bürgern leisten kann.

So stellte ein Student der Universität Bielefeld zum Ertrag der Fortbildung fest:

„Neben den Vorträgen haben mich besonders die Aussteigerberichte und die dazu gestellten Rückfragen beeindruckt. Es war ein Erlebnis. In den nächsten Tagen werde ich die Flut der gesammelten Eindrücke verarbeiten. Aus der Fortbildung nehme ich einiges für mein späteres Berufsleben mit.“

Nach dem positiven Feedback wird im Herbst 2018 eine weitere Kooperationsveranstaltung stattfinden.

Ein besonderer Dank gilt dem sehr engagierten Einsatz von Frau Grahl und Herrn Dr. Pfeiffer sowie den helfenden Händen aus dem Servicebereich des Innenministeriums für die Gestaltung des Seminarraumes und für die leibliche Versorgung.

Christel Schrieverhoff ist Mitglied im Landesvorstand der DVPB NW und im Bundesvorstand der DVPB e.V.
Kontakt: C.J.Schrieverhoff@t-online.de

Anhörung im Hauptausschuss des Landtags am 15. März 2018: „Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen“

Im Mittelpunkt der Anhörung, die auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückging, stand die Forderung, die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen zu stärken und für alle zu gewährleisten. Hintergrund der Anfrage ist die Problematik der sozial ungleichen Beteiligung an Politik und im öffentlichen Leben. Es sind vor allem Menschen aus bildungsnahen und / oder sozioökonomisch gut aufgestellten sozialen Milieus, die die Möglichkeiten der Einflussnahme und der Gestaltung von Politik und Gesellschaft nutzen. Die soziale Selektivität erstreckt sich dabei nicht nur auf die soziale Herkunft von Parteimitgliedern, die Zusammensetzung von Parlamenten und die Beteiligung an Wahlen, sondern tendenziell auch auf andere Formen politischer Partizipation (z. B. Plebiszit, Engagement in Bürgerinitiativen) bis hin zur Mitgliedschaft in Vereinen, z. B. Sportvereinen.

Problematisch ist diese „Krise der Repräsentation“, weil Strukturen politisch-sozialer Ungleichheit vertieft und ausgebaut werden und hierdurch die Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz zunimmt. Obwohl es im Antrag vornehmlich um eine Stärkung der außerschulischen Bildung ging, wurde von vielen der geladenen Experten und Expertinnen in den schriftli-

chen und mündlichen Stellungnahmen die besondere Bedeutung der schulischen politischen Bildung betont. So wird zum Beispiel in vielen Bundesländern auch von den Landesschülervertretungen der Ausbau der politischen Bildung an Schulen gefordert. Diese Forderungen der Schülervertretungen decken sich mit den Ergebnissen vieler empirischer Befragungen, in denen die Jugendlichen ihr wachsendes Bedürfnis nach mehr politisch-gesellschaftlichem Orientierungswissen zum Ausdruck gebracht haben (Shell-Studie 2016, Deutsches Kinderhilfswerk 2017). Zugleich, so einige der geladenen Experten, sei jedoch auch eine Stärkung der außerschulischen politischen Bildung notwendig, z. B. im Bereich der Arbeit mit Geflüchteten oder in der Quartiersentwicklung. Des Weiteren bestehe auch nach Abschluss der Schulzeit ein Bedarf an politischen Fortbildungsangeboten. Die Notwendigkeit einer engen Kooperation von schulischer und außerschulischer / non-formaler politischer Bildung, z. B. im offenen Ganztagsbereich, bei Projekten, bei Exkursionen oder auch bei der Quartiersentwicklung, wurde von Prof. Bettina Zurstrassen betont, die die DVPB NW im Landtag vertreten hat.

Landesvorstand der DVPB NW e.V.